



Nr. 2

19. Januar 2017

Inhalt

[Einkommensrunde 2017 für Landesbeschäftigte
gestartet – Russ: Es ist genug Geld da!+++](#)

[Dauderstädt kritisiert Pauschalurteile gegen öffentlichen Dienst+++](#)

[Jahreswirtschaftsbericht: Beschäftigte müssen an solider
Konjunktur teilhaben+++](#)

[Digitaler Binnenmarkt und öffentliche Verwaltung: Benra fordert
Teilhabe der Beschäftigten+++](#)

[Harter Brexit: Eigenthaler warnt vor Steuerdumping+++](#)

[Öffentlicher Dienst: Neue Ansätze für berufliches Fortkommen
von Frauen+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Hessen: Klage gegen Beamtenbesoldung+++](#)

[Dienstrechtsreform: DBB NRW erzielt Erfolg bei Erfahrungsstufen+++](#)

[Öffentlicher Dienst in Schleswig-Holstein: Beschäftigte vor
Gewalt schützen+++](#)

[Nach gescheitertem Verbandsantrag: DPolG will NPD politisch
bekämpfen+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde 2017 für Landesbeschäftigte gestartet – Russ: Es ist genug Geld da!

(dbb) Die Tarifverhandlungen für die Landesbeschäftigten sind am Nachmittag des 18. Januar 2017 ergebnislos verhandelt worden. „Wir haben unsere Positionen in konstruktiver Atmosphäre erörtert“, berichtete dbb-Verhandlungsführer Willi Russ im Anschluss an die Gespräche, eine Annäherung habe es bislang aber noch nicht gegeben. Die nächste Verhandlungsrunde findet am 30./31. Januar 2017 in Potsdam statt.

Russ hatte zum Auftakt der Verhandlungen deutliche Forderungen an die von der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) vertretene Arbeitgeberseite gerichtet: „Sinkende Bewerberzahlen und sprudelnde Steuereinnahmen - die Konsequenz daraus ist zwingend: Spürbare Einkommenszuwächse für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Allein im vergangenen Jahr sind die Steuereinnahmen der Länder um über 7 Milliarden Euro gestiegen. Es ist also genug Geld da, um den berechtigten Forderungen der Kolleginnen und Kollegen im Landesdienst entgegenzukommen.“

Eine angemessene Bezahlung, so Russ weiter, sei nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern im ureigenen Interesse der Arbeitgeber: „Die nachlassende Konkurrenzfähigkeit der Länder auf einem immer stärker umkämpften Arbeitsmarkt kann man doch nicht einfach hinnehmen. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt gegenzusteuern und die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu sichern.“ Wenn die Landesregierungen sich dieser Realität stellen, sei eine schnelle Tarifeinigung möglich, so der dbb-Verhandlungsführer. Russ: „Das alte Mantra ‚Es ist einfach kein Geld da‘ funktioniert dieses Jahr jedenfalls nicht mehr.“

Die Vorsitzende der dbb Jugend, Sandra Kothe, sagte: „Neben Gehaltszuwächsen ist für

die Auszubildenden eine Übernahmegarantie nach dem erfolgreichen Abschluss der Ausbildung von großer Bedeutung. Sie wollen Perspektiven haben und die Gewissheit, dass es sich lohnt, während der Ausbildung alles zu geben.“

Hintergrund:

Von den Verhandlungen über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) sind mehr als drei Millionen Beschäftigte betroffen: Eine Million Tarifbeschäftigte der Länder (ohne Hessen, das nicht Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder – TdL – ist), für die der TV-L direkte Auswirkungen hat, sowie 2,2 Millionen Beamte und Versorgungsempfänger in Ländern und Kommunen (ohne Hessen), auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll, um den Gleichklang der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung im öffentlichen Dienst zu gewährleisten.

Der dbb fordert 6 Prozent mehr Einkommen, darin enthalten ein Mindestbetrag als soziale Komponente sowie die Einführung einer Stufe 6 ab Entgeltgruppe 9. Weitere Kernforderungen des dbb sowie alle weiteren Informationen zur Einkommensrunde:

www.dbb.de/einkommensrunde2017
(01/02/17)

Dauderstädt kritisiert Pauschalurteile gegen öffentlichen Dienst

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat Pauschalurteile gegen den öffentlichen Dienst kritisiert. „Man kann sicherlich darüber nachdenken, was wir in der Organisation, in der Kommunikation und der Personalstruktur noch verbessern müssen. Die Begriffe Überforderung und Versagen gefallen mir aber nicht“, sagte der dbb Chef der „Heilbronner Stimme“ (Ausgabe vom 13. Januar 2017). „Das sind Pauschalurteile gegen den gesamten öffentlichen Dienst.“

Insbesondere Sicherheitsbeamte unternähmen tagtäglich alles, „um unser aller Sicherheit zu gewährleisten“. Dauderstädt erklärte, dass der dbb in der Frage, welche Aufgaben der öffentliche Dienst in Zukunft wie bewältigen könne, entsprechende Akzeptanz und Wertschätzung auch in der Politik durchsetzen wolle. „Dabei

geht es darum, dass die Bezahlung und Personalbemessung angemessen ist, und wir entsprechende technische Ausstattung bekommen, um weiter wettbewerbsfähig zu bleiben.“

Mit Blick auf das beamtenrechtliche Alterssicherungssystem der Beamten betonte der dbb Bundesvorsitzende erneut, dass es die Dienstherren versäumt hätten, rechtzeitig Rücklagen für die Pensionen anzulegen. „Die Politiker haben geglaubt, sie könnten die Personalkosten immer locker aus dem jeweiligen Haushalt finanzieren. Es wäre besser gewesen, man hätte schon vor Jahrzehnten Versorgungsrücklagen oder Versorgungsfonds angelegt, um damit die Spitzen in der Belastung besser abzufedern.“ Dauderstädt lobte indes auch die Fortschritte, die hier durch gemeinsame Anstrengungen in den letzten Jahren erreicht worden seien. „Ein Teil der Versorgungskosten kann aus entsprechenden Rücklagen gedeckt werden. Für neue Beamte haben wir im Bund und einigen Ländern Vorsorge getragen, dass deren künftige Pensionskosten komplett aus den Fonds finanziert werden können – so, dass Haushalt und Steuerzahler gar nicht mehr belastet werden. Wir sind bereit, an dieser

Entwicklung weiter mitzuarbeiten. Heute zahlt jeder Beamte und Versorgungsempfänger zwei Prozent der laufenden Besoldung in diese Rücklagen ein und trägt damit zu seiner Altersversorgung bei.“ Außerdem habe der dbb Vorschläge unterbreitet, die Rücklagen zentral anzulegen und zu sichern.

Der dbb Bundesvorsitzende wiederholte gegenüber der Zeitung auch seine Kritik an der Studie der Bertelsmann-Stiftung zu den angeblichen Vorteilen eines Aus für die Beamten-Beihilfe. „Ich halte diesen Vorschlag für unseriös und verantwortungslos. Man gaukelt den Menschen vor, dadurch könnten Milliardenbeträge in den öffentlichen Haushalten eingespart werden und gleichzeitig die Beiträge der gesetzlichen Krankenversicherungen gesenkt werden. Beides ist falsch“, machte Dauderstädt klar.

(02/02/17)

Jahreswirtschaftsbericht: Beschäftigte müssen an solider Konjunktur teilhaben

(dbb) Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes müssen von der guten Wirtschaftslage in Deutschland profitieren können. In dieser Einschätzung waren sich Vertreter der Bundesregierung und des dbb beim Gespräch zum Jahreswirtschaftsbericht am 18. Januar 2017 im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) in Berlin weitgehend einig.

Die konjunkturelle Lage in Deutschland im Jahr 2016 war durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,9 Prozent geprägt. 2017 fällt die erwartete Zuwachsrate zwar etwas geringer aus. Das leicht geringere geschätzte Wachstum für das laufende Jahr hängt vor allem mit so genannten Kalendereffekten zusammen, da 2017 weniger Arbeitstage zur Verfügung stehen.

Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Chef der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Thomas Eigenthaler, hob in der Unterredung die Notwendigkeit hervor, den öffentlichen Dienst zu stärken. Er stellte klar, dass die Beschäftigten nicht nur angemessene Einkommen als wichtig empfinden, sondern auch Wertschätzung für ihre Arbeit erfahren wollen. Dazu gehöre auch eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung von Tarifergebnissen auf Beamte und Pensionäre: „Die wirtschaftlichen Rahmendaten fordern das geradezu und lassen den Landesregierungen wenig argumentativen Spielraum für Verzögerungen“, sagte Eigenthaler. Darüber hinaus seien die Beamten der andauernden Diskussionen um Altersversorgung und Beihilfe überdrüssig. „Beamtinnen und Beamte müssen als Leistungsträger be-

trachtet werden, nicht als Kostenfaktoren“, so Eigenthaler.

Die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Astrid Hollmann ergänzte, dass auch die Lebensleistung der Mütter in der Beamtschaft anerkannt werden müsse. Daher sei es unabdingbar, die so genannte Mütterrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung systemgerecht auf die Beamtenversorgung zu übertragen.

Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Landesvorsitzende des dbb in Baden-Württemberg Volker Stich wies in seinem Statement auf die sich verschärfende Nachwuchsproblematik im öffentlichen Dienst hin, die zunehmend von harter Konkurrenz mit der Privatwirtschaft gekennzeichnet sei.

Der Staatssekretär im BMWi Dr. Rainer Sontowski unterstrich in dem Gespräch auch die herausragende Rolle des öffentlichen Dienstes bei der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik. Der Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) Thorben Albrecht verwies auf die weiterhin gute Lage am Arbeitsmarkt und auf das anhaltend günstige

Wirtschaftswachstum. Beide Staatssekretäre betonten auch die Notwendigkeit sogenannten „inklusive Wachstums“, das heißt der Beteiligung aller an den Wohlstandsgewinnen einer globalisierten Wirtschaft. Vor diesem Hinter-

grund müsse auch der Begriff „soziale Marktwirtschaft“ inhaltlich fortentwickelt werden. Die Forderung Ludwig Erhards nach „Wohlstand für alle“ sei aktueller denn je.
(03/02/17)

Digitaler Binnenmarkt und öffentliche Verwaltung: Benra fordert Teilhabe der Beschäftigten

(dbb) Die EU-Kommission hat am 10. Januar 2017 mehrere Rechtsakte vorgelegt, um die Digitalisierung in Europa voranzutreiben. Die Initiativen betreffen unter anderem Regeln zum Umgang mit personenbezogenen Daten und den Abbau von Hürden im Binnenmarkt. Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik, Hans-Ulrich Benra, unterstützte die Maßnahmen der Kommission, mahnt aber die Beteiligung der Sozialpartner in diesen Prozessen an. „Die Digitalisierung der Wirtschaft macht vor der öffentlichen Verwaltung nicht Halt und kann großen Nutzen entfalten. Die Mitarbeiter müssen aber bei diesen Prozessen mitgenommen werden und teilhaben können an der Entwicklung“, so Benra, der in der dbb Bundesleitung für den Themenbereich Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung verantwortlich ist. Insbesondere seien die Personalräte bei allen Modernisierungsvorhaben zu beteiligen.

„Wenn neue Systeme eingeführt werden, müssen die Beschäftigten frühzeitig einbezogen und darauf vorbereitet werden. Das Ziel muss sein, dass sie durch Fortbildungen für die neuen Anwendungen fit gemacht werden. Wo Aufgabenfelder entfallen, müssen die betroffenen Kolleginnen und Kollegen so umgeschult werden, dass sie in neuen Gebieten eingesetzt werden können.“ Durch die Weiterentwicklung

der elektronischen Verwaltung entstünden auch neue Aufgabenfelder. Zudem fordere der dbb, dass es für alle Fragen der Verwaltung auch in Zukunft die Möglichkeit des Bürgerkontakts mit Mitarbeitern geben müsse. „Die Verwaltung darf den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur noch als anonyme, unpersönliche Online-Oberfläche entgegentreten.“
(04/02/17)

Harter Brexit: Eigenthaler warnt vor Steuerdumping

(dbb) Am 17. Januar 2017 hat die britische Premierministerin Theresa May einen „harten Brexit“ angekündigt, also eine vollständige Trennung des Vereinigten Königreichs von der Europäischen Union (EU). Sie drohte gleichzeitig, dass ihre Regierung ein besonders günstiges steuerliches Umfeld für Unternehmen schaffen werde, sollte die EU ihrem Land trotz des Austritts nicht weiter Zugang zum Binnenmarkt gewähren. Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler, der auch Bundesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) ist, sieht sich durch die Drohung in seinen Warnungen vor Steuer-Dumping bestätigt.

Eigenthaler bekräftigte nach der Rede Mays seine Sorge, das Vereinigten Königreich könne bald Steuerpolitik auf dem Rücken seiner europäischen Partner betreiben: „Britische Mini-Steuersätze können zu einem ruinösen Steuerwettbewerb führen.“ Der dbb Vize appellierte an die Vernunft aller an den Brexit-Verhandlungen Beteiligten: „Trotz Brexit darf

sich Großbritannien nicht vom europäischen Gedanken steuerpolitischer Harmonisierung verabschieden.“ Bereits Ende November hatte die DSTG sich empört über erste Erklärungen der britischen Regierung gezeigt, die Unternehmenssteuern deutlich zu senken.
(05/02/17)

Öffentlicher Dienst: Neue Ansätze für berufliches Fortkommen von Frauen

(dbb) „Die Beurteilungspraxis im öffentlichen Dienst muss überdacht und Beurteilungskriterien gendergerechter gestaltet werden“, darauf hat die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, Helene Wildfeuer, bei einem Fachgespräch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) zum Thema „Frauen und Gleichstellung“ am 16. Januar 2017 in Berlin hingewiesen.

Die Beurteilungskriterien in der dienstlichen Beurteilung würden sich an männlichen Erwerbsverläufen orientieren, sie seien diskriminierungsanfällig und spiegeln traditionelle Rollenstereotype wider. Dadurch würden sich etwa Teilzeit- und Familienphasen negativ auf das berufliche Fortkommen auswirken. „Angesichts der sich wandelnden Arbeitswelt – Digitalisierung und Arbeiten 4.0 – besteht hier dringender Handlungsbedarf: Flexibilität und Mobilität werden zunehmend als Leistungskriterium wahrgenommen“, sagte Wildfeuer.

Die 13. Frauenpolitischen Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung habe daher als Thema: „Frauen 4.0: Diskriminierungsfreies Fortkommen im öffentlichen Dienst – Jetzt umdenken!“ Auf der Tagung sollen die Mechanismen

in den Blick genommen werden, die weibliche Beschäftigte im öffentlichen Dienst im beruflichen Fortkommen behindern. Unter dem Schlagwort „Frauenförderung 4.0“ werden zudem mit Expertinnen und Experten aus den Rechtswissenschaften, der Genderforschung, der öffentlichen Verwaltung und der Wirtschaftspsychologie neue Ansätze für ein diskriminierungsfreies Fortkommen im öffentlichen Dienst entwickelt.

Um die Gleichstellung insgesamt voranzubringen, sehe die dbb bundesfrauenvertretung vor allem in drei Bereichen Handlungsbedarf: In der Steuerpolitik, bei der Durchsetzung von Lohngerechtigkeit und Chancengleichheit in der Arbeitswelt sowie bei der Alterssicherung. (06/02/17)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hessen: Klage gegen Beamtenbesoldung

(dbb) Der dbb Hessen will gerichtlich feststellen lassen, dass die Beamtenbesoldung in Hessen verfassungswidrig ist. Mit Unterstützung und Rechtsschutz durch den dbb Landesbund habe der Rechtswissenschaftler Ulrich Battis an den Verwaltungsgerichten in Frankfurt und Wiesbaden für drei hessische Beamte Klage eingereicht.

„Es ist so weit“, erklärte Heini Schmitt, Vorsitzender des dbb Hessen, dazu am 16. Januar 2017 in Frankfurt. Es sei ein langer Weg gewesen, die Klagen einzubringen. Insbesondere, weil das neue Besoldungsgesetz erst im

Juli 2016 in Kraft getreten sei und das Widerspruchsverfahren viel Zeit in Anspruch genommen habe. (07/02/17)

Dienstrechtsreform: DBB NRW erzielt Erfolg bei Erfahrungsstufen

(dbb) Durch die jüngste Dienstrechtsreform in Nordrhein-Westfalen können Beamtinnen und Beamte, die zum 1. Juni 2013 von den Dienstalters- zu den Erfahrungsstufen übergeleitet wurden, eine Einstufung nach neuem Recht beantragen. Im Falle einer möglichen Schlechterstellung kann der Antrag aber zurückgezogen werden, wie der DBB NRW am 16. Januar 2017 mitteilte.

Hintergrund sei, dass die neue Festsetzung der Erfahrungsstufen ohne eine „Günstigerprüfung“ erfolgt (vgl. dbb aktuell Nr. 45/2016). Der

DBB NRW hat bei politischen Gesprächen auf die Problematik einer daraus resultierenden möglichen Schlechterstellung hingewiesen –

mit Erfolg: Das Finanzministerium hält zwar weiterhin an der grundsätzlichen Praxis fest. In einem Runderlass sei aber nun deutlich die Möglichkeit herausgestellt, dass der Antrag im Falle einer Schlechterstellung zurückgezogen

werden könne. „Dadurch wird das Risiko einer Verschlechterung für betroffenen Beamtinnen und Beamten deutlich minimiert“, so Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW. (08/02/17)

Öffentlicher Dienst in Schleswig-Holstein: Beschäftigte vor Gewalt schützen

(dbb) Der dbb schleswig-holstein hat einen besseren Schutz der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vor Gewalt gefordert. Die Zahl der Übergriffe habe zugenommen. „Diese Entwicklung darf nicht toleriert werden, zumal sie mit einer Schwächung des Staates, einem Attraktivitätsverlust des öffentlichen Dienstes und einem unwürdigen Umgang mit den dort beschäftigten Menschen verbunden ist“, schrieb der Vorsitzende des dbb Landesbundes Kai Tellkamp am 6. Januar 2017 in einer Stellungnahme an den Landtag.

Der dbb schleswig-holstein fordere flächendeckend Maßnahmen, um den Fehlentwicklungen entgegenzuwirken. Neben geeigneten strafrechtlichen Vorschriften seien auch die Qualifizierung der Beschäftigten für den Umgang mit problematischen Szenarien, die In-

stallation von Alarmsystemen und gegebenenfalls bauliche Optimierungen erforderlich. Außerdem sei es wichtig, dass die Beschäftigten von ihrem Arbeitgeber beziehungsweise Dienstherrn umfassend unterstützt würden. (09/02/17)

Nach gescheitertem Verbotsantrag: DPoIG will NPD politisch bekämpfen

(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) sieht sich nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Januar 2016, die NPD nicht zu verbieten, bestätigt. Der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt sagte: „Die NPD ist eine schreckliche Partei mit verfassungsfeindlichen Zielen. Aber wie das Bundesverfassungsgericht nachvollziehbar argumentiert, fehlt ihr die Kraft, diese auch durchzusetzen.“ Deshalb müsse die Partei politisch bekämpft und nicht ihre Mitglieder durch ein Verbot aufgewertet werden.

„Ein Verbot der NPD hätte aus keinem einzigen Neonazi einen Demokraten gemacht. Ein solcher Schritt würde uns also in der Bekämpfung des Rechtsextremismus in Deutschland kaum weiterbringen. Die Neonazi-Szene ist außerdem in zahllose Organisationen zersplittert und konzentriert sich nicht allein in der NPD“, erklärte Wendt weiter. Es komme jetzt darauf an, die Sicherheitsbehörden weiter zu

stärken, um eine Beobachtung der Partei kontinuierlich zu gewährleisten. „Darüber hinaus sollten Bundes- und Landesregierungen konsequent gegen die Ursachen des Rechtsextremismus vorgehen. Das Gefühl vieler Menschen, dass es in Deutschland nicht gerecht zugeht, ist leider oft der beste Nährboden für extremistische Positionen.“ (10/02/17)

Namen und Nachrichten

(dbb) Am 13. Januar 2017 hat die Auftaktrunde in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Bodenverkehrsdienste am Flughafen Hamburg stattgefunden. Der **dbb** hat ein Forderungspapier übergeben, im Mittelpunkt steht dabei eine deutliche Entgelterhöhung für alle Beschäftigten sowie eine umfassende Sicherung der Besitzstände der Bestandsbeschäftigten. Daneben wurde über zahlreiche weitere Themen gesprochen. Die nächste Verhandlungsrunde findet am 2. Februar 2017 statt.

Der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgelegte Referentenentwurf eines Rentenüberleitungs-Abschlussgesetzes, mit dem die Ost-Renten bis zum Jahr 2025 an die West-Renten angeglichen werden sollen, bleibt nach Auffassung der **dbb bundesseniorenvertretung** weit hinter den Erwartungen zurück. „Die Angleichung der Ost-Renten kommt zu spät, dauert zu lange und ist falsch finanziert, weil für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe auch Beitragsmittel der gesetzlichen

Rentenversicherung eingesetzt werden sollen“, sagte der Vorsitzende der dbb Bundesseniorvertretung Wolfgang Speck am 17. Januar 2017.

Zum Austausch über den in der parlamentarischen Beratung befindlichen Doppelhaushaltsentwurf 2017/2018 hat sich die Landesleitung des **dbb rheinland-pfalz** mit der Landtagsfraktion der Grünen am 18. Januar 2017 in Mainz getroffen. Dabei erläuterten die Gewerkschaftsvertreter eindringlich ihre Gründe für die Ablehnung des geplanten Abbaus von 2.000 Stellen in der Landesverwaltung bis 2020. Ohne vorherige Aufgabenreduzierung könne

der öffentliche Dienst weiteren Personalabbau nicht verkraften.

Der Vorsitzender des Deutschen Philologenverbands (DPHV), **Heinz-Peter Meidinger**, hat am 13. Januar 2016 darauf hingewiesen, dass „Schule ohne Stress eine schlechte Lebensvorbereitung“ sei. Derzeit würden in den meisten Bundesländern die Schulzeitverkürzung bis zum Abitur („G8“) zurückgedreht. Der Erwartung, damit werde das Gymnasium zu einer Wohlfühloase, tritt Meidinger entgegen: „Die Härte, mit zeitlich begrenztem Leistungsdruck umzugehen, sind nicht nur in der Schule, sondern auch im späteren Leben eminent wichtig.“ (11/02/17)

Termine zum Vormerken:

Verhandlungen zur Einkommensrunde 2017 für öffentlicher Dienst der Länder:

- 2. Runde: 30. Januar 2017, Potsdam
- 3. Runde: 16. Februar 2017, Potsdam

11. Forum Personalvertretungsrecht

- Personalrat 4.0 – arbeiten und gestalten in Zeiten der Digitalisierung
- 3./4. April 2017, dbb forum berlin

13. Frauenpolitische Fachtagung 2017 der dbb bundesfrauenvertretung

- „Frauen 4.0: Diskriminierungsfreies Fortkommen im öffentlichen Dienst – Jetzt umdenken!“
- 11. Mai 2017, dbb forum berlin